

An den Oberbürgermeister der Stadt Stuttgart (ob.buero@stuttgart.de)

an den Ordnungsbürgermeister der Stadt Stuttgart (poststelle.lhsst@stuttgart.de) ,

sowie zur Information an

post@gruene.landtag-bw.de post@cdu.landtag-bw.de

post@spd.landtag-bw.de post@fdp.landtag-bw.de

poststelle@stm.bwl.de (Staatsministerium BW)

poststelle@sm.bwl.de (Sozialministerium BW)

redaktion@mhsdigital.de (Stuttgarter Zeitung)

redaktion@lkz.de (Ludwigsburger Kreiszeitung)

redaktion@stzn.de (Stuttgarter Nachrichten)

redaktion@kornwestheimer-zeitung.zgs.de (Kornwestheimer Zeitung)

info@leb-bw.de (Landeselternbeirat BW)

info@SWR.de (Südwestrundfunk)

Baden-Württemberg, 17. April 2021

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Nopper, sehr geehrter Herr Ordnungsbürgermeister Maier,

wir sind Gesamtelternbeiratsvorsitzende zweier Nachbarkommunen. Nicht mal Stuttgarter, und trotzdem wenden wir uns an Sie. Warum? Weil Ihr Handeln auch Auswirkungen für das Leben der Schüler*innen und Eltern in unseren Kommunen hat, genauso wie auf das Leben der Schüler*innen und Eltern Ihrer Stadt.

Sie haben eine Demonstration der „Querdenken“-Bewegung am Osterwochenende genehmigt. Diese Demonstration wird in den nächsten Wochen zu einem massiven Anstieg der Inzidenz in Baden-Württemberg führen und dadurch einen Schulbesuch für zahlreiche Kinder und Jugendliche in Stuttgart und der Umgebung verhindern. Dieser Zusammenhang ist mittlerweile erforscht und zum Beispiel auf der Tagesschau-Homepage hier (<https://www.tagesschau.de/inland/coronavirus-ausbreitung-demonstrationen-101.html>) nachzulesen. [Auf wissenschaftliche Quellen wird bewusst verzichtet und nur allgemeines und leicht zugängliches Wissen benannt, das Ihnen sowie den meisten anderen Bürger*innen dieses Landes bekannt sein sollte].

Sie haben das Grundrecht auf Meinungsfreiheit und das Demonstrationsrecht hochgehalten. Aber was ist mit anderen Grundrechten, die damit in Konflikt stehen?

1. Das Grundrecht auf Bildung: Aufgrund der tausenden, unnötigen und durch die von Ihnen genehmigte Demonstration verursachten Infektionen werden die Schulöffnungsstrategien schwieriger. Zahlreiche Kinder haben seit 14. Dezember 2020 keine Schule mehr von innen gesehen, vom normalen Unterricht können alle Kinder und Eltern in Baden-Württemberg nur träumen. Warum gilt die Meinungsfreiheit mehr als das Recht der Kinder auf Bildung?
2. Das Grundrecht auf Gesundheit/körperliche Unversehrtheit: Aufgrund der tausenden, unnötigen und durch die Demonstration verursachten Infektionen wird das Gesundheitssystem weiter belastet. Zahlreiche Menschen nehmen aus Angst vor Ansteckungen ihre Vorsorge- und Kontrolluntersuchungstermine nicht wahr (<https://www.tagesschau.de/inland/vorsorge-medizin-101.html>) und haben schwerere Krankheitsverläufe zu erwarten. Der Lockdown dauert noch länger und führt zu noch stärkeren psychischen Belastungen insbesondere bei Kindern (<https://www.tagesschau.de/inland/studie-psyche-kinder-gesundheit-101.html>). Natürlich werden auch mehr Menschen mit dem Corona-Virus infiziert, wie bereits oben in der

Einleitung angeführt (<https://www.tagesschau.de/inland/coronavirus-ausbreitung-demonstrationen-101.html>).

Warum gilt die Meinungsfreiheit mehr als das Recht auf eine gute Gesundheitsversorgung, zu der auch die Prävention gehört?

3. Das Grundrecht auf Gleichbehandlung/ das Recht auf Gleichheit vor dem Gesetz: Während der Demonstration sind tausende von Menschen ohne Abstand und ohne Masken offensichtlich geduldet unter den Augen der Polizei zusammengekommen. Die Schüler*innen unserer Schulen werden teilweise rigoros vom Unterricht ausgeschlossen und sofort nach Hause geschickt, wenn sie in Gesprächen mit ihren Freund*innen den Abstand von 1,5m unterschreiten oder die Maskenpflicht missachten. Die Schüler*innen in Baden-Württemberg dürfen sich seit Monaten nicht mehr zu dritt im Freundeskreis treffen, zahlreiche Kinder haben bereits den zweiten Geburtstag in Folge ohne eingeladene Freund*innen oder Großeltern gefeiert. Auf den Fußball- und Freizeitplätzen des Landes kontrolliert die Polizei massiv und sehr regelmäßig und verhindert – aus guten Gründen – Zusammenkünfte selbst von kleinsten Gruppen, auch von Kindern und Jugendlichen.

Warum gilt die Meinungsfreiheit mehr als die Gleichheit vor dem Gesetz?

Mit völligem Unverständnis beginnen wir Eltern zu realisieren, dass das Eindämmen und Beenden der Pandemie vermutlich doch nicht so stark von uns Einzelnen abhängt, wie wir es bisher geglaubt haben und die Politik es uns glauben machen möchte. Nein, die stärkere Einflusskomponente liegt auf der Seite der Politik. Hier erwarten wir Eltern vernünftiges, wissenschaftsbasiertes und konsequentes Handeln im Sinne der Grundrechte aller Menschen aus Stuttgart und der Region. Dass Sie dieser Aufgabe in den vergangenen Tagen nicht gewachsen waren, lässt uns Eltern wütend und hilflos zurück. Wenn in jeder Großstadt Deutschlands auch nur jeweils eine einzige solche Fehlentscheidung wie die Ihre in den nächsten Monaten im Wochentakt getroffen wird, sind nicht nur die Anstrengungen gegen die dritte Welle aussichtslos, sondern auch das Vertrauen in die Politiker*innen in unserem Land dauerhaft geschädigt.

Wir erwarten von Ihnen nicht weniger als das, was Herr Bundespräsident Steinmeier bereits formuliert hat: „Raufen Sie sich zusammen!“. Gehen Sie nach diesem katastrophalen Entscheidungsdesaster voran und helfen Sie mit, dass zum einen mittels Videoanalysen ALLE Ordnungswidrigkeiten und Straftaten im Rahmen der „Querdenken“-Demonstration konsequent aufgeklärt und geahndet werden und zum anderen sich eine solche Entscheidung in den nächsten Monaten nicht wiederholen wird. Arbeiten Sie partei- und hierarchieübergreifend gemeinsam mit Bund, Land und den Städten und Kommunen an Lösungen für die zahlenmäßig riesige Mehrheit der vernünftigen Bürger*innen dieses Landes, die wesentlich stärkere Rechtsbeschränkungen als die Einschränkung des Demonstrationsrecht seit Monaten akzeptieren und mittragen und so aktiv zur Eindämmung der Pandemie beitragen.

Mit freundlichen Grüßen



Urte Weinfurter
Marcus Kaempffer
für den Gesamtelternbeirat Remseck



Jens Fischer
Ulrich Fauth
Megan Schoppmann
für den Gesamtelternbeirat Filderstadt